

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

26.3.1925 (No. 72)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K. M. e. n. d. Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Abnahme sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abnahme von Anzeigen, die in der Zeitung veröffentlicht werden, ist die Abnahme von Anzeigen im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Für Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen.

### \* Gefahren für unsere Außenpolitik

Bisweilen sind es die Dementis, die eine Art Bestätigung dessen bringen, was vorher behauptet worden war. Das erleben wir jetzt auch bei dem Dementi, das die Parteileitung der Deutschnationalen der Behauptung von einer Krise im Reichskabinett entgegensetzt. Bei einem Streit um Worte braucht man sich dabei nicht aufzuhalten. Eine akute Krise besteht zweifellos im Augenblick noch nicht, zumal ja allen außenpolitischen Maßnahmen des Kabinetts auch die deutschnationalen Reichsminister zugestimmt haben. Aber ebenso richtig ist die Tatsache — und sie wird ausdrücklich durch das Dementi und andererseits durch andere Pressestimmen bestätigt —, daß die Deutschnationale Volkspartei je länger je unzufriedener mit der Außenpolitik des Kabinetts ist und einen entsprechenden Vorstoß in Form eines Briefes an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann unternommen hat. Das ist allerdings ein Vorgang, der die Möglichkeit einer Krise in greifbarer Nähe rückt und unter allen Umständen vor der ganzen Welt den Beweis liefert, daß die Außenpolitik des Reichskabinetts in der wichtigsten Frage, nämlich der sogenannten Sicherheitsfrage, von der stärksten Regierungspartei nicht gebilligt wird.

Selbstverständlich werden die Deutschnationalen mitten im Kampf um die Reichspräsidentenwahl keine akute Krise heraufbeschwören wollen. Sie werden ihre Zeit abwarten und sich einmündlichen Zusicherungen und sonstigen Verühigungsmitteln begnügen. Im Beisein des Reichskanzlers hat eine Besprechung zwischen dem Reichsaußenminister Stresemann und der deutschnationalen Parteileitung stattgefunden. Was dabei herausgekommen ist, weiß die breitere Öffentlichkeit genau nicht. Nach Meldungen der deutschnationalen Presse muß man jedoch annehmen, daß die Wünsche der Deutschnationalen von Stresemann bis zu einem gewissen Grade erfüllt worden sind.

Würde diese Annahme zutreffen, so müßte das höchst unheilvolle Perspektive eröffnen. Wir ständen dann gerade vor einer Gefährdung unserer ganzen bisherigen Außenpolitik, einer Politik, die im wesentlichen durchaus erfolgreich gewesen ist.

Wie erfolgreich aber gerade der außenpolitische Schritt war, den die Deutschnationalen bemängeln, nämlich die Überreichung ganz bestimmter deutscher Vorschläge in der Sicherheitsfrage, das zeigen uns am besten die Reden, die dieser Tage der britische Außenminister, Herr Chamberlain, und der britische Ministerpräsident, Herr Baldwin, im Londoner Parlament gehalten haben. Seit dem Jahre 1914 ist in diesem Ton, mit einer solchen Höflichkeit und mit einem solchen Respekt nicht mehr von Deutschland gesprochen worden. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die von den Deutschnationalen so sehr bekämpfte Überreichung der Vorschläge geradezu eine neue Ära deutscher Außenpolitik, darüber hinaus aber auch eine neue Ära praktischer europäischer Friedenspolitik eingeleitet hat.

Chamberlain hat in seiner Rede u. a. betont, daß die deutschen Vorschläge möglicherweise das Tor sein könnten in eine bessere Zukunft. Keine Regierung dürfe an ihnen vorbeigehen. Sie seien aufrichtig und ernsthaft gemeint, und die britische Regierung müsse ihnen die größte Bedeutung bei. Erst diese Vorschläge seien es, die England instand setzen könnten, nunmehr ohne Übernahme eines schweren Risikos einem Pakt der Westmächte zuzustimmen. Und diese Auffassung Englands kann man vollkommen begreifen, wenn man sich vor Augen hält, daß London, da es ein Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich gegen Deutschland für verhängnisvoll für den europ. Frieden hält, sich Garantieerträge nur unter der Mitwirkung Deutschlands vorstellen kann. Wird nun diese Mitwirkung in so offizieller und so diskutabler Form von der deutschen Reichsregierung zugesichert, so ergibt sich für England eine Situation, die ganz bestimmte praktische Maßnahmen gestattet.

Bei alledem geht Chamberlain von der als Grundlage der ganzen britischen Politik anerkannten Erkenntnis aus, daß England sich aktiv an der europäischen Politik beteiligen muß, da sonst keine Verdringung Europas, kein deutsch-französischer Ausgleich zu erreichen ist. So hängt die Frage „Frieden oder Krieg?“ allein von der Stellungnahme Englands ab.

England hat sich für eine Friedenspolitik entschlossen und hat mit diesem Entschluß die erdrückende Mehrheit

aller Völker auf seiner Seite. Die Londoner Presse hat der Rede Chamberlains, die dann Baldwin noch unterstützte, begeistert zugestimmt. Die gleiche Zustimmung ist von der öffentlichen Meinung der Welt zu erwarten.

Die Pariser Presse dagegen ist von jener Rede weniger entzückt. Man erfährt daraus wieder, wie schwer es den Franzosen fällt, sich an eine vernünftige Politik zu gewöhnen, obwohl ihnen doch jetzt die Möglichkeit winkt, die Sicherheit ihrer Grenzen in der auch von ihnen gewünschten Form garantiert zu sehen.

Chamberlain hat diesmal Mitteilung gemacht über die deutschen Vorschläge. Diese Mitteilungen bringen keine Überraschung. Wir hatten schon neulich angedeutet, daß die deutschen Vorschläge den Abschluß eines gegenseitigen Friedenspakts der am Rhein interessierten Mächte unter Anerkennung der jetzigen Westgrenzen vorsehen, auch hinsichtlich der entmilitarisierten Zone Frankreichs Wünsche entgegenkommen, jedoch eine endgültige Anerkennung der Ostgrenzen nicht in Aussicht stellen, sondern der Hoffnung Ausdruck geben, daß hier auf diplomatischem Wege oder mit Hilfe des Völkerbunds eine Revision herbeigeführt wird.

Wenn Chamberlain diese Vorschläge einen bezeichnenden Fortschritt nennt, so geschieht das, weil die britische Regierung allerdings das Verlangen Deutschlands nach einer demnächstigen Revision der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages würdigt und zu unterstützen bereit ist. Diese Frage ist aber auch der Stein des Anstoßes für Frankreich und natürlich noch mehr für Polen. Immerhin könnten die Westmächte sich ohne weiteres auf der Basis einer Auffassung einigen, die den Abschluß des Friedenspakts von der Regelung der Ostfrage trennt, diesen Abschluß sofort in Angriff nimmt und die Revision des Friedensvertrages hinsichtlich der Ostgrenzen der Entwicklung der nächsten Zeit überläßt. Und mehr ist es auch nicht, was Deutschland einstweilen fordert. Die Hauptsache ist für uns, daß wir heute schon die Notwendigkeit einer Revision angemeldet haben, einer Revision, die nach dem Friedensvertrag und nach dem Völkerbundstatut durchaus im Rahmen des Möglichen liegt.

Wenn die Deutschnationalen vernünftig wären, würden sie sich freuen, daß soviel erreicht werden konnte. Noch vor einem Jahre hätte man einen jeden ausgelacht, der davon gesprochen hätte, daß die Revision der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages im Osten die sämtlichen Kabinette Europas als eine dringende und ernsthafte Frage der Politik beschäftige. Heute ist das der Fall. Daß es so ist, liegt aber nur an der ebenso friedlichen, wie besonnenen und umsichtigen Führung unserer Außenpolitik. Gelingt es den Deutschnationalen, diese Außenpolitik zu stören, so werden die schädlichen Folgen gewiß nicht ausbleiben.

### Zur Reichspräsidentenwahl

Jarres in München und Stuttgart

Über den Verlauf des Besuchs, den am Dienstag Dr. Jarres dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heß abgestattet hat, glaubt das Organ der Bayerischen Volkspartei, die „Augsburger Postzeitung“, mitteilen zu können, daß der bayerische Ministerpräsident Dr. Jarres nicht im Zweifel darüber gelassen habe, warum seine Kandidatur von der Bayerischen Volkspartei abgelehnt worden sei. Das Blatt drückt die Vermutung aus, daß Dr. Heß die Art und Weise, wie die Zeitung des Evangelischen Bundes die Unterstützung der Kandidatur Jarres mit seiner Stellungnahme gegen den Papst und den katholischen Volksteil verbunden habe, Dr. Jarres gegenüber aufs schärfste kritisiert hat. Die Stellungnahme des evangelischen Bundes gegen die deutschen Katholiken schließe es völlig aus, daß Dr. Jarres im zweiten Wahlgang die Unterstützung der bayerischen Katholiken finden könnte.

Auf Veranlassung des Reichsbundes für Württemberg sprach am Mittwoch in Stuttgart Dr. Jarres. Er führte u. a. aus, durch den Kampf am Rhein und Ruhr habe das deutsche Volk wieder Vertrauen zu sich selbst und die Achtung der Welt gewonnen. Während des Ruhrkampfes habe er nur seine Pflicht getan. Bei Aufgabe des passiven Widerstandes habe er eine starke deutsche Politik verlangt und vorgeschlagen, zu erklären, daß auch wir solange vom Friedensvertrag entbunden seien, bis die Ausbrecher der vertragsmäßigen und völkerrechtlichen Zustände wiederhergestellt hätten. Damals habe man mit weit latetropischeren Gedanken gespielt, nämlich mit dem Feinde zu verhandeln und einen autonomen Rheinstaat zu errichten. Wir müßten auf allen Gebieten eine kraftvolle Außenpolitik treiben, aber keine nationalistische, sondern eine würdige und besonnene unter Ablehnung aller pazifistischen und internationalen Gedankengänge. Mit den neuen Verhältnissen seien wir nicht zufrieden; aber trotzdem müßten wir Achtung vor dem grundlegenden Verfassungsgesetz von Weimar haben, das nur auf verfassungsmäßigem Wege geändert werden dürfe.

### Industrie u. Industriearbeiterschaft im Amtsbezirk Lörrach

Der Amtsbezirk Lörrach ist einer der ältesten, bedeutendsten und wirtschaftlich interessantesten Industriebezirke Badens. Seine Lage in der äußersten Südwestecke des Landes hat das Wirtschaftsleben des Bezirkes von je in enge Beziehungen gebracht zu jenen des französischen Oberelsasses und der Schweiz und hat ihm dadurch, vor allem auch in der Zusammenfassung der Industrie-Arbeiterschaft, ein besonderes Gepräge gegeben. Dazu kommt, daß in diesem Industriebezirk, dessen Geschichte bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts zurückreicht und der zu den am dichtesten bevölkerten des Landes gehört, sich trotz des Eindringens und der Ausbreitung der Fabriken ein kräftiger und gesunder Bauernstand erhalten hat. Die vorgehobene Grenzlage brachte es auch mit sich, daß der Bezirk Lörrach von den Ereignissen des Krieges und der Nachkriegszeit in stärkerem Maße berührt wurde, als viele andere Industriegebiete Badens und des Reiches; er grenzt jetzt an zwei Seiten an das Ausland und bildet nicht nur die äußerste Grenzmark Badens, sondern auch des ganzen Reiches. Im Hinblick auf diese einzigartigen Verhältnisse und die große Rolle, die die Industrie des Bezirkes im Wirtschaftsleben des Oberelsasses spielt, ist es außerordentlich zu begrüßen, daß das badische Statistische Landesamt in Karlsruhe in einer größeren Sonderchrift „Der Stand der Industrie und der Industriearbeiterschaft im Amtsbezirk Lörrach in der Nachkriegszeit — Ein Beitrag zur Kenntnis der industriellen Verhältnisse in Baden“ eine eingehende und umfassende Darstellung der gesamten industriellen Verhältnisse des Bezirkes herausgibt.

Nach einer kurzen Schilderung der für die industrielle Entwicklung sehr günstig gestalteten landschaftlichen, der verkehrstechnischen und gemeindlichen Verhältnisse des Bezirkes, sowie einem Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Industrie in diesem südlichen Teil des Markgräflerlandes, gibt die Schrift ein unter Verwendung der neuesten amtlichen Erhebungen sorgfältig durchgearbeitetes, auf reichem Zahlenmaterial aufgebautes Bild der gesamten Industrie des Amtsbezirks unter eingehender Berücksichtigung der einzelnen Industriezweige. Aus den sehr interessanten Darlegungen können hier nur einige Angaben allgemeiner Art hervorgehoben werden. Das wirtschaftliche Schwergewicht des Lörracher Industriebezirkes beruht auf seiner ausgedehnten Großindustrie. Die älteste und heute noch wichtigste Industrie ist die Textilindustrie, dann folgt, als nächst wichtige, die chemische Industrie, während die Bauindustrie den größten Aufschwung unter den Industrien des Bezirkes in den letzten Jahren zu verzeichnen hat. Eine sehr beachtenswerte Rolle spielt auch die Metall- und Maschinenindustrie. Fast ein Duzend großer Betriebe ist der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel zuzurechnen. Ferner besteht noch eine Anzahl großer und kleiner Industrieunternehmen, wie z. B. die Industrie der Steine und Erden, die zumteil mit den genannten großen Industriewerken in enger wirtschaftlicher Verbindung stehen.

Nach der neuesten Aufnahme der gewerblichen Industrien des Landes durch das Statistische Landesamt zu Sommerende 1924 ist die Zahl der industriellen Betriebe im Bezirk auf im ganzen über hundert (104) angewachsen. Trotz dieser starken Zunahme der Betriebe zeigte sich aber doch, daß die Gesamtzahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter (10 800) gegenüber der Vorkriegszeit nicht zugenommen hat, sondern ungefähr auf dem Stand wie vor Ausbruch des Krieges geblieben ist.

#### II.

Ebenso umfassend und gründlich beschäftigt sich die Abhandlung des Statistischen Landesamtes auch mit der Industriearbeiterschaft des Lörracher Bezirkes, mit ihrer Verteilung auf die einzelnen Industriezweige, mit der Gliederung der Arbeiter nach Geschlecht, Alter und Familienstand, sowie mit den Wohn-, Lohn- und den landwirtschaftlichen Besitzverhältnissen. Auch aus diesem wichtigen Gebiet können nur einige besonders bemerkenswerte Angaben hervorgehoben werden. Von der Gesamtzahl der Arbeiterschaft (10 785 Personen) sind über drei Fünftel (68,7 v. H.) in der Textilindustrie beschäftigt. Mehr als 1000 Arbeiter beschäftigen nur noch die Chemische Industrie und die Bauindustrie. Die männlichen Arbeitskräfte überwiegen in allen Industriegruppen, von den weiblichen sind 3109 oder über vier Fünftel (86,3 v. H.) Textilarbeiterinnen. Von der volljährigen Arbeiterschaft im ganzen steht über ein Viertel im kräftigsten und leistungsfähigsten Alter von 21 bis unter 30 Jahren; über ein Drittel sind Leute im Alter von 30 bis unter 50 Jahren. Gegenüber dieser Hauptmasse von Arbeitern machen die Jugendlichen unter 16 Jahren etwa den zwanzigsten Teil der Gesamtarbeiterschaft aus, 16- bis 20-Jährige sind es 16,8 v. H., nicht ganz so viele stehen im vorgeschrittenen Alter von 50 und mehr Jahren. Dieses allgemeine Bild des Altersaufbaus der Arbeiterschaft veranschaulicht sich natürlich, je nachdem man nur die männliche oder die weibliche Arbeiterschaft der Betrachtung zu Grunde legt, oder die Verhältnisse in den einzelnen Industriezweigen untersucht; auch nach dieser Seite hin gibt die Schrift des Statistischen Landesamtes sehr eingehende Untersuchungen, die mit kleineren Tabellen belegt werden. Besonders bemerkenswert ist dabei die Feststellung, daß nur etwa die Hälfte aller Industriearbeiterinnen in den Fabriken des Bezirkes lebzig ist (52,3 v. H.). Über 40 v. H., in der Textilindustrie 43,7 v. H. aller Arbeiterinnen sind verheiratet und dadurch, daß sie einem Erwerb in der Fabrik nachgehen, in größerem oder geringerem Umfang den Anforderungen und Pflichten entzogen, welche die Führung des Haushalts und der Kindererziehung an die Hausfrau und Mutter stellen. Von den Verwitmeten und Geschiedenen arbeiten die meisten ebenfalls in der Textilindustrie.

Ganz besonderes Interesse aber werden die Untersuchungen des Statistischen Landesamtes über die Herkunft der bezirkbelegenen Industriearbeiterschaft finden. Danach waren etwa 40 v. H. der im Bezirk wohnenden Industriearbeiter an ihrem Wohnort geboren, der weitaus größere Teil — drei Fünftel — ist von auswärts zugezogen; in welchem Lebensalter die Zuwanderung erfolgte, ist nicht ermittelt.

Auffallend ist die starke Durchsetzung der Industriearbeiterschaft des Bezirks mit fremden Bevölkerungselementen, die überhaupt nicht im Bezirk Vörsach geboren sind und den wurzellos gewordenen Existenzen zugerechnet werden müssen, die meistens ihre Bodenständigkeit völlig verloren haben. Diese Verhältnisse sind in großem Umfange bedingt durch die unmittelbare Nachbarschaft der Schweiz und des Oberrheins, vielfach aber auch durch die Eigenart der Großindustrie des Bezirks (Textil-, Chemische und Bauindustrie), soweit sie auf die Heranziehung fremder Arbeitskräfte angewiesen ist. Für nahezu 1700 Arbeiter und Arbeiterinnen ist der Nachweis erbracht worden, daß sie überhaupt keine Landesgebürtigen sind, sondern ihrer Geburt nach aus dem übrigen deutschen Reich (590) und in noch größerem Umfange (1073) aus dem Auslande stammen. Von den Deutsch-Geborenen kommen auf Preußen 194, Bayern 149, Sachsen 34, Württemberg 176 usw. Unter den aus dem Auslande zugezogenen Industriearbeitern, die im Bezirk Vörsach wohnen, waren 669 in der Schweiz und 237 in Elsaß-Lothringen geboren; Arbeiterinnen waren darunter aus der Schweiz 179 und aus Elsaß-Lothringen 74. Aber auch von weiterher macht sich ein Zugang bemerkbar: aus dem sonstigen Ausland stammten 128 männliche und 39 weibliche in der Industrie beschäftigte Arbeiter. Von den sämtlichen aus dem Ausland stammenden Arbeiterschaften war etwas über die Hälfte (562) noch ledig. Selbst die landesgebürtige Industriearbeiterschaft, die im Bezirk wohnte (7720 Personen), waren zur Hälfte nicht an ihrem derzeitigen Wohnorte geboren, sondern von außerhalb zugezogen, und zwar 1181 (807 männliche, 374 weibliche) aus sonstigen Bezirksgemeinden und 2671 — darunter gegen 800 weibliche — aus anderen Gemeinden des Landes. Für rund 350 Industriearbeiter konnte der Geburtsort bzw. das Geburtsland nicht ermittelt werden.

Daß diese besondere Zusammensetzung der Vörsacher Industriearbeiterschaft auch auf die politischen Verhältnisse des Vörsacher Bezirks nicht ohne Einfluß ist, haben politische Vorkommnisse der letzten Jahre und auch die Ergebnisse der Wahlen gezeigt. Allerdings lassen sich über die politische Einstellung der Arbeiterschaft im Bezirk Vörsach keine genauen statistischen Angaben machen, da Einzifferungen der Mitgliederlisten der politischen Parteien nach der Berufszugehörigkeit ihrer Mitglieder nicht vorliegen und die Ausübung des Stimmrechts nach der Reichsverfassung geheim ist. Gewisse Anhaltspunkte über die Zugehörigkeit der Arbeiterschaft zu einzelnen politischen Parteien bietet dagegen ein Vergleich der Abstimmungsergebnisse der letzten Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 in den Industriegemeinden mit den Ergebnissen in den vorwiegend oder rein landwirtschaftlichen Gemeinden.

Nach man zunächst die Gemeinden des Bezirks Vörsach, in denen der Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung der Gemeinde 25 und mehr Prozent ausmacht ins Auge, so zeigt sich auf den ersten Blick, daß der Hauptanteil der in diesen Gemeinden abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratische Partei, sowie auf die Kommunisten entfällt. Von den in diesen Gemeinden am 7. Dezember 1924 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen 1089 auf die Sozialdemokratische, 1065 auf die Kommunistische Partei; 827 Stimmen wurden für die Zentrumspartei abgegeben (das zahlenmäßige Verhältnis der Kommunisten zu den Sozialdemokraten ist in diesen Gemeinden rund ein Drittel zu zwei Dritteln). Auf die Liste der Demokratischen Partei entfielen 578, auf die der Deutschen Volkspartei 366, auf die der Deutschnationalen 350, auf die der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung 168. Die Zahl von 496 Landstimmern ist wohl auf die in den genannten Gemeinden wohnhaften Landwirte zurückzuführen. Die übrigen abgegebenen Stimmen zerplüßern sich auf die Wirtschaftliche Vereinigung (164), auf die Unabhängige Sozialdemokratie (56), auf die Deutschvölkische Reichspartei (26), auf die Deutsche Aufwertungspartei (19) und endlich auf den Hühnerbund (1).

Ganz anders gestaltet sich das politische Bild in den rein oder vorwiegend landwirtschaftlichen Gemeinden des Bezirks. So entfallen beispielsweise in den Gemeinden, in denen der

### Karlsruher Kunstausstellungen

#### Ausstellung Ernst Barlach

Gestaltet von der „Gesellschaft für geistigen Aufbau.“

Ernst Barlach, den wir kürzlich hier als Dramatiker kennen lernten, gehört seit über 20 Jahren zu unseren bedeutendsten Bildhauern. Von Ausstellungen her und aus Aufträgen in Kunstgewerkschaften sind die skulpturalen Entwürfe aus Holz bekannt, die druckvolle, gedrungene, an einfache luthische Formen schwer gebundene Figuren mit selbstem viktorianischem Ausdruck wiedergeben. Gerade diese Abhängigkeit vom Material, die Unterwerfung unter die Gesetze der Form, wie sie etwa von Adolf v. Hildebrand formuliert worden sind, scheint im Widerspruch zu stehen mit der Hülle, der gesteigerten Geistigkeit der Gestalten, die im „Armen Wetter“ über die Bühne gezogen sind.

Die Ausstellung von Lithographien und Holzschnitten des Meisters, die in der Weichselischen Buchhandlung veranstaltet worden ist, bietet einen Überblick über seine Werke — wenigstens auf dem Gebiet der Schwarz-Weiß-Kunst — und gibt zugleich die Erklärung für die oben angedeutete Erscheinung. Wir erkennen hier, wie sich allmählich die Entwicklung vollzogen hat, von der großgehobenen Plastizität etwa des „Senkers“, „des sitzenden Raabers“, aus der deutlich der Formsinne des Bildhauers spricht, bis zu den späten Holzschnitten, in denen die Ergebnisse des Dichters, des Lyrikers eine völlig eigenartige, durchaus persönliche bildnerische Fassung gefunden haben; ein gleichmäßiges Gewoge von Lichtern und Schattentönen trägt dazu bei, den Charakter des Religiösen, vom Materialen Gelöstes dieser Schöpfungen zu unterstreichen.

Barlach hat 1906 eine Reise ins Innere von Rußland unternommen; die Menschen, die er dort sah, haben es ihm angetan, in ihrer Primitivität, ihrer mystischen Verborgenheit, ihrem Bewachensein mit der Erde, und aus vielen seiner Gestalten schaut noch das Gesicht russischer Bauern, russischer Armen hervor. Die Ausstellung zeigt in mehrfachen Wiederholungen Gruppen von 8 Figuren, die den Typen des niederen Volkes entnommen, zu wundervoll zusammengeschlossenen, von fließenden Kurven umgebenen Kompositionen gefügt sind. Mit ergreifender Einfachheit sind die religiösen Vorgänge erfaßt, ein hinreichendes Pathos spricht aus Mätern wie dem auf Rollen einhergehenden „Menschen Barlach“ oder dem „Er Profundis“, wo der zusammengeknüllte Körper eine große Gebärde des Aufschreis darstellt.

Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung der Gemeinde nicht über 4 Prozent hinausgeht, von den 1924 in diesen Gemeinden insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen 1163 auf den Landbund, 158 auf die Deutschnationale Volkspartei, 151 auf die Sozialdemokratie, 147 auf die Demokratische Partei, 125 auf die Kommunisten, 63 auf die Deutsche Volkspartei, 59 auf die Nationalsozialistische Partei, 22 auf das Zentrum usw.

Aber die politische Einstellung der Arbeiterschaft in der Stadt Vörsach selbst läßt sich kein klares Bild gewinnen, weil in dieser Stadt zahlreiche Staats- und Gemeindebeamte, kaufmännische Angestellte, selbständige Handwerker und Kleinrentner wohnen, deren politische Zugehörigkeit unbekannt ist. Immerhin soll erwähnt werden, daß von den 10286 in der Stadt Vörsach abgegebenen gültigen Stimmen 1764, das sind 17,1 Prozent aller abgegebenen Stimmen, den Kommunisten angefallen sind. Fast ebenso groß (1763) ist der Anteil des Zentrums. An dritter Stelle mit 1129 Stimmen (11,0 Prozent) steht die Sozialdemokratie, dann folgt mit 812 Stimmen (7,9 Prozent) die Demokratische Partei, mit 727 (7,1 Prozent) die Deutsche Volkspartei und mit 668 (6,5 Prozent) die Deutschnationale Volkspartei.

Wie schon betont, konnten aus der Abhandlung des Statistischen Landesamtes hier nur einzelne Angaben mehr allgemeiner Art herausgegriffen werden; ein Hauptwert der Schrift liegt aber vielmehr gerade in der eingehenden Berücksichtigung und Bearbeitung der verschiedenen Einzelgebiete. Immerhin aber lassen diese allgemeineren Angaben doch schon erkennen, welche Fülle zuverlässigen statistischen Materials hier zu einer umfassenden und geschlossenen Darstellung des gesamten industriellen Lebens des Vörsacher Bezirks vereinigt ist. Das Statistische Landesamt hat mit der Herausgabe dieser Schrift einen wertvollen Beitrag zur Kenntnis der industriellen Verhältnisse des Badischen Landes geleistet; sie dürfte in wirtschaftlichen, wie in politisch interessierten Kreisen weitgehende Beachtung finden.

### Politische Neuigkeiten

#### Die Entwicklung der Reichspost

Im Verwaltungsrat der deutschen Reichspost, der sich mit einer Reihe von Gegenständen zu befassen hatte, die für Gegenwart und Zukunft der Reichspost von grundlegender Bedeutung sind, wie die Bestimmung des Nachtrags zum Haushalt für 1924 und des Haushalts für 1925, hielt Reichspostminister Stengel eine Ansprache, in der er u. a. ausführte, daß die Reichspost seit dem Weltkrieg in der neuesten Entwicklung der deutschen Reichspost, da mit 1924 das erste Jahr seit Inkrafttreten des Reichspostfinanzgesetzes abgeschlossen sei. Im großen und ganzen seien die auf dieses Gesetz gestellten Erwartungen in Erfüllung gegangen. Der im Voranschlag für 1924 veranschlagte Überschuß von 29 Millionen werde sicher erreicht werden. Der Minister wies auf die günstige Wirksamkeit des Postparlamentes, nämlich des Verwaltungsrates hin. Jetzt gelte es, den Geist der Wirtschaftlichkeit immer mehr zur Anerkennung zu bringen. Zu der Frage, wann die Reichspost in die Lage kommen werde, Überschüsse an die allgemeine Reichskasse abzuführen, erklärte der Minister, daß für 1924 und 1925 der Voranschlag solche Abgaben nicht vorsehe. Die erzielten Überschüsse würden gemäß dem Reichspostfinanzgesetz zunächst zurückgelegt. Die Reichspost betrachte es aber als ihre selbstverständliche Aufgabe und ihre nationale Pflicht, das Reich möglichst bald in den Besitz von Postvermögen zu setzen. Im übrigen sei die Reichspost kein reines Finanzinstitut, sondern eine Kulturanstalt ersten Ranges, die auch unrentable Zweige durchschleppen müsse.

Zum Posthaushalt gab Herr Behn einen Überblick über die Gesamtwirtschaftslage. Der Post- und Briefverkehr ergebe im ganzen zeitlich keine Überschüsse; der Postverkehr bedeute im allgemeinen die Kosten; die Telegraphie sei unrentabel und müsse durch Einnahmen aus dem Fernsprecherkehr ihre Kosten decken; das Funkwesen habe eine erfreuliche Ausdehnung gewonnen. Der Überschuß aber betrage jährlich nur 6 Millionen. In eine Ermäßigung der Gebühren könne vorläufig nicht gedacht werden.

Zum Schluß behandelt der Verwaltungsrat die Vorlage betreffend einige Änderungen der Postgebühren und der Postordnung. Danach soll die Zeitungsgebühr für seltener erscheinende Zeitungen, die Gebühr für Sammelüberweisungen und kleine Zeitungen, sowie das Zeitungszustellgeld herab-

gesetzt werden, um namentlich der kleineren Presse das Fortbestehen zu erleichtern. Diesen Anträgen wurde zugestimmt. Sie treten mit dem 1. April in Kraft.

#### Im Magdeburger Prozeß

Am Mittwoch der deutschnationale Landtagsabgeordnete Karl Koch-Berlin als Zeuge aus, er habe es für unmöglich gehalten, daß Ebert in der Dreptower Versammlung gegen den Streik gesprochen haben könnte. In einer deutschnationalen Versammlung habe er darüber gesprochen. Daraufhin habe sich Ebert später gemeldet, mit dem er ein Protokoll aufgenommen habe, das mit den Worten begann: „Ich versichere an Eberts statt“. In diesem Protokoll verleiht Ebert, daß Ebert in Dreptow gesagt habe: Streik, Streik, Streik, nur so kann der Krieg beendet werden! Ebert habe auch aufgefordert, den Bestallungsbeschlüssen nicht Folge zu leisten. Als dem Zeugen dann die Aussage Eberts bekannt geworden sei, habe er Ebert nochmals zu sich kommen lassen und ihn auf die Folgen eines Streikbeschlusses aufmerksam gemacht. Ebert habe aber erklärt, er bleibe auch dieser Aussage gegenüber bei seiner Bekundung. Der Zeuge versichert weiter, er habe Ebert niemals irgendwelche Vorteile verschrieben.

Der Chefredakteur des Vorwärts, Reichstagsabgeordneter Stamps, sagt aus: Ich sprach in meinem Artikel absichtlich nicht von einzelnen Forderungen, sondern von den gerechten Forderungen der Arbeiter. Ich wußte da, als ich den Artikel schrieb, noch nicht, welche Streikforderungen durch unsere Partei gebildet würden. Deshalb drückte ich mich allgemein aus. In einer Unterredung sagte Ebert, daß er meinen Artikel nicht ganz billige und für unvorsichtig gehalten habe. Der Schriftsteller Georg Davidsohn, der während des Krieges sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und bis zum Jahre 1910 Vorwärtsredakteur war, erklärte auf Befragen, er persönlich wäre sehr froh gewesen, wenn der Januarstreik dazu beigetragen hätte, dem Krieg damals ein Ende zu machen. Vorhänder: Sie billigen also den Streik? Zeuge: Ja, aber die große Mehrheit der Fraktion war gegen den Streik. Prinzipiell wollte die SPD. nach meiner Auffassung den Januarstreik nicht. Rechtsanwält Rüggebrunn: Haben Sie nicht einmal gehört, wenn der Streik Erfolg gehabt hätte, würde Ebert und Scheidemann sich sicherlich an die Spitze gestellt haben. Zeuge: Das glaube ich auch heute noch. Vorhänder: Auf bestimmte Tatsachen begründet sich aber Ihre Äußerung nicht? Zeuge: Nein.

#### Regierungserklärung in Hamburg

In der Hamburger Bürgerchaft gab Oberbürgermeister Petersen die Erklärung der neuen Regierung ab. Es werde die wichtigste Aufgabe des neuen Senats sein, eine Politik der Verständigung und des Ausgleichs zu führen. Der Bürgermeister äußerte sich ausdrücklich zu den inneren Hamburgischen Angelegenheiten. Er kam dann auf die Groß-Hamburg-Frage zu sprechen und erklärte, das sei den Hamburgern bekannt, daß es in Preußen Kreise gebe, die da glauben, es bestände sogar die Möglichkeit, daß Hamburg seine Selbständigkeit aufgeben könne. Diese Kreise verlernen Hamburg und seine Funktionen für Deutschland, die es niemals als Teil eines Staates wie Preußen in gleichem Umfang erfüllen könnte. Alles, was Hamburg von Preußen wünsche, nehme darauf Rücksicht, daß Preußen auch in Zukunft ein Kristallisationspunkt der deutschen Einheit sein und bleiben und darum ungehindert erhalten werden müsse. Preußen dürfe allerdings nicht verkennen, daß für Hamburg die Notwendigkeit besteht, die Verhandlungen über die Groß-Hamburgische Frage im deutschen Interesse baldigst zum Abschluß zu bringen.

#### Landtagsauflösung in Oldenburg

Das provisorische Beamtenkabinett Finck stellte in Oldenburg am Mittwoch im Landtag die Vertrauensfrage. Das Vertrauen wurde jedoch mit 33 gegen 14 Stimmen, und zwar mit den Stimmen der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten, verweigert. Darauf löste Ministerpräsident von Finck den Landtag auf, nachdem er von den ihm das Vertrauen verweigerten Parteien darauf aufmerksam gemacht worden war, daß die Landtagsauflösung dem Willen der oldenburgischen Verfassung widerspreche. Nach § 40 der Verfassung gibt dem Ministerium die Ermächtigung zur Auflösung nur ein aus der Mitte des Landtages von mindestens einem Drittel der Parteien drei Tage vor der Abstimmung auf die Tagesordnung gesetztes Mißtrauensvotum. Von den Demokraten wurde ein Appell an den Staatsgerichtshof angehängt.

Verbotene Hitlerveranstaltungen. Die Polizeidirektion München verbot die national-sozialistischen Versammlungen, die für Donnerstag geplant waren, in denen Adolf Hitler über das Thema „Nationale Opposition und Reichspräsidentenwahl“ sprechen soll. Die Regierung von Oberbayern hat die Beschwärde Adolf Hitlers gegen das polizeiliche Verbot seiner früher schon verbotenen fünf Versammlungen abgewiesen. — Hitler ist als Reichstagsdeutscher betamlich nicht einmal wahlberechtigt.

Neue Verhaftungen in der Autisterraffäre. Auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft I wurde am Mittwoch im Zusammenhang mit dem Fall Autisterr Rechtsanwalt Dr. Beck verhaftet. Der verhaftete Anwalt steht im Verdacht der Verdunkelung zugunsten seiner Klienten und des gleichfalls in Untersuchungshaft befindlichen früheren Staatsbankbeamten Kersten, für den er angeblich aus dem Untersuchungsgefängnis die Befreiung von Kerstern übernommen haben soll. — Ferner ist noch der Kaufmann Grotke unter der Verdunkelung beschuldigt worden, daß er in Verbindung mit der Autisterraffäre Hebe, Bed und Grotke wurden in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert und dort noch in später Abendstunde einem eingehenden Verhör unterzogen.

Der Schiedspruch für den Ruhrbergbau ist, einer Mitteilung aus Essen zufolge, mit den Stimmen der Arbeitnehmers gegen die Stimmen der Arbeitgeber gefällt, die den Schiedspruch unter Hinweis auf die durch die Walschürverigkeiten bedingte außerordentlich bedrohliche Lage des Ruhrbergbaus ablehnten.

Die wehrpflichtigen Oberlehrer. Nach Meldungen aus Kattowitz wurden in diesen Tagen zum ersten Mal die wehrpflichtigen Oberlehrer zum politischen Erzesdienft einberufen. Der Bevölkerung hat sich eine große Erregung bemächtigt, die sich in antipolitischen Kundgebungen äußert. Viele der Stellungspflichtigen sind über die Grenze nach Deutschland geflüchtet, um sich von hier aus ins Ausland zu begeben und sich vor dem politischen Militärdienst in Sicherheit zu bringen. — In der Nähe von Weichen sprangen aus einem aus Kattowitz kommenden Zug 50 Wehrtruten, überrannten die Grenzposten und flüchteten querfeldein auf deutsches Gebiet zu.

Die in Woskau verhafteten deutschen Studenten. Nachdem jetzt — Roslauer Meldungen zufolge — die Anglegenheit der drei deutschen Studenten Kindermann, Wälsche und Dünning dem Obersten Gerichtshof zur weiteren Erledigung übergeben worden ist, wird, wie die Berliner Wälder erfahren, alles getan, um die Vertreibung der Internierten der Wehrpflichtigen sicherzustellen. Die ersten Schritte in dieser Hinsicht sind bereits erfolgt.

Kurze Nachrichten

Zur Aufwertungfrage wird aus Berlin mitgeteilt, daß die Notizen, die darüber in den letzten Tagen erschienen sind, falsch sind. Eine Darlegung der Stellung der Regierung zu dieser Frage ist baldigst zu erwarten.

Ein Waggonauftrag der Reparationskommission. Die Reparationskommission erteilte ihre Genehmigung zur Erstellung des Auftrags von 3300 Eisenbahnwaggons an zwei deutsche Firmen, die an die Paris-Lyon-Mittelmeerbahn auf Reparationskosten geliefert werden sollen. Die Lieferung von 1800 Waggons wurde dem Godel-Werke in Neuwied und von 1500 Waggons der Bahnbedarf A.-G. in Darmstadt übertragen.

Diebstahl von Briefen Lubendorffs. In Berlin drangen Einbrecher in die Wohnung des deutschrussischen Herausgebers der „Deutschen Wochenschau“, Major Lubendorff, ein. Sie raubten den Aktenschrank aus und stahlen hierbei eine ganze Anzahl von Briefen, die General Lubendorff an Weiserstedt geschrieben hatte. Es scheint sich danach um einen politischen Einbruch zu handeln.

Admiral Scheer in der Schweiz. Admiral Scheer sprach am Dienstagabend vor überfülltem Großsaal auf Einladung der Militär- Behörden der Stadt Bern über seine Erfahrungen im Weltkrieg. Den Hauptbestandteil des Referats bildete die von prächtigen Projektionen unterstützte Schilderung der Seeschlacht am Skagerrak. Töfender Beifall lohnte den Redner. Major Meyer sprach ihm den Dank der Anwesenden aus.

Lord Balfour in Jerusalem. Lord Balfour traf am Mittwoch in Jerusalem ein. Zum Protest gegen die Zionistenfreundliche Politik Englands schlossen die mohammedanischen und christlichen Araber ihre Läden und legten die Arbeit nieder. Zahlreiche Araber trugen schwarze Binden an ihren Kleidern. Die Araber des arabischen Komitees wiesen Trauerkleidung auf. Nach einer weiteren Meldung sei der Generalstabschef in ganz Palästina in vollem Gange. Die arabischen Feindungen erschienen mit Trauerzustand. In Urufen ist es jedoch nicht gekommen.

Badischer Teil

Der Hagenschiefprozess

Urteilsverkündung Samstag vormittag

23. Karlsruhe, 25. März.

In der heutigen Sitzung setzte H. A. Albrecht sein Plädoyer für Honnet und Mager

fort. Er verweist auf eine Reihe wenig vorteilhafter Geschäfte der Siedlungsbank, die ohne Mitwirkung Honnets zustande gekommen sind. ... Der Angeklagte Mager erklärte, dass er sich im Verlauf der Verhandlungen nicht als Unternehmender in Frage. ...

Nach einer kurzen Pause ergreift Staatsanwalt Dr. Geißler das Wort zur Replik. Er hält die Anklage für in keinem Punkte sachlich widerlegt. ...

Staatsanwalt Dr. Geißler stellt folgende Strafanträge: Gegen Mager wegen Bestechung 2 Jahre Gefängnis, 10 000 Mark Geldstrafe, wegen Untreue 3 Monate Gefängnis, wegen Verleitung zum Meineid 1 Jahr Zuchthaus, ferner Verfallserklärung der empfangenen Bestechungsgelder und Veröffentlichung des Urteils; gegen Grieger wegen Bestechung eine Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr 2 Monaten und 3000 Mk. Geldstrafe, Verfallserklärung der empfangenen Bestechungsgelder und Veröffentlichung des Urteils; gegen Württemberg

wegen Bestechung 1 Monat Gefängnis; gegen Honnet eine Gesamtgefängnisstrafe von 3 1/2 Jahren, 70 000 Mark Geldstrafe, Einziehung des übermäßigen Gewinns und Veröffentlichung des Urteils; gegen Detert 3 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, Verfallserklärung der empfangenen Bestechungsgelder und Veröffentlichung des Urteils; gegen Mager wegen Begünstigung 1 Monat Gefängnis.

Die Verteidiger nehmen nochmals das Wort zur Entgegnung und halten an der Freisprechung ihrer Klienten fest. Bezüglich der Strafanträge erklären sie, darauf nicht erwidern zu wollen.

Die Angeklagten Abels, Grieger und Württemberg

schließen sich im Schlusswort den Ausführungen ihrer Verteidiger an. Honnet erklärt sich in allen Punkten für unschuldig! Die Strafanträge nehme er nicht tragisch. Er vertraue dem Gericht, daß es ihm gegenüber weniger weisfremd sei und mehr Verständnis aufbringe als der Staatsanwalt. Was er aber als im praktischen Leben stehend schwer empfinden müsse, sei der gestern laut gedrohte Vorwurf, daß man unüberlegt und gewissenlos gehandelt habe. ...

Angellager Detert betont nochmals sein korrektes Verhalten in Saden der Baugesellschaft. Angellager Mager bestritt nochmals, die Briefsperrre durchbrochen und den Bericht Duffners an Honnet weiter gegeben zu haben; er erklärt, dieser Bericht habe nicht den Vermerk „Vertraulich“ getragen und sei ihm zu einem Zeitpunkt bekannt geworden, als die Späßen den Inhalt schon von den Dägern pfliffen. ...

Um 8 Uhr wird die Sitzung vom Vorsitzenden mit dem Bemerkten geschlossen, daß die Verkündung des Urteils am Samstag vormittag 8.30 Uhr erfolge.

Zagungen

Der Verband badisch-pfälzischer Zimmermeister (Sitz Freiburg i. B.) hielt am 15. März seine Delegiertenversammlung in Offenburg ab. ... Der Verband badisch-pfälzischer Zimmermeister (Sitz Freiburg i. B.) hielt am 15. März seine Delegiertenversammlung in Offenburg ab. ...

Der Badische Schwarzwaldberein wird in diesem Jahre seine Hauptversammlung vom 6. bis 8. Juni in Breisach stattfinden lassen.

Gemeinde-Rundschau

Zur Flugverbindung Mannheim-Karlsruhe-Billingen-Konstanz, die bereits im April in Kraft treten soll, ist noch folgendes von allgemeinem Interesse. Die Pfälzisch-badische Flugverkehrs-Gesellschaft ist eine Zweiggesellschaft des Aero-Clubs Berlin. ...

Der Bürgerausschuß Emmendingen genehmigte eine Reihe von Grundstücksveräußerungen der Stadt zur Erstellung von Wohnbauarbeiten. ...

Die Kantätigkeit in Mannheim. Laut Mitteilung des Mannheimer Städtischen Nachrichtenamts wurden nach den Erhebungen der Ortsbaukontrolle anlässlich der Wohnbauarbeiten im Monat Februar d. J. zum Teil durch Neubauten zum Teil durch Umbauten 80 Wohnungen neu geschaffen; darunter sind 43 Wohnungen mit 1-3 Zimmern und 37 Wohnungen mit 4 und mehr Zimmern. ...

Aus der Landeshauptstadt

Die Postbestellung an Sonntagen. Der Verkehrsverein Karlsruhe hat nach Beratung in seiner Vorstandssitzung einstimmig beschlossen, gegen die Absicht des Reichspostministeriums, die Sonntagspostaufstellung auch für gewöhnliche Briefsendungen und Zeitungen einzustellen, sofort Protest zu erheben, und er hat zu diesem Zwecke in einer bezüglichen Vorstellung an das Reichspostministerium auf die schweren geschäftlichen Schäden hingewiesen, die eine solche Maßnahme für die Allgemeinheit und für zahlreiche Geschäftsinhaber im deutschen Land bringen würde. ...

Beschleunigung der Güterzüge. Vom 18. bis 21. März fand im Kurhaus zu Wiesbaden die 5. Güterzugfahrplankonferenz der Deutschen Reichsbahngesellschaft statt. ...

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 23. März. Wie der Polizeibericht nachträglich meldet, wurde vorige Woche entdeckt, daß in einem Zimmer des Schlosses ein Gemälde in der Größe von 150 auf 300 Zentimeter aus dem Rahmen geschnitten und gekohlet worden war. ...

St. Pforzheim, 25. März. Vier starb im Alter von genau 80 Jahren, d. h. an seinem Geburtstag, der Privatier Adolf Hauber, der hier im Jahre 1870 ein Bijouterie-Geschäft gründete, das mit der Zeit Weltruf erhielt und im Auslanden Millionen unterhielt. ...

St. Gallen, 27. März. Bei den Betriebsratswahlen in der Textilindustrie des Altbaus erhielten von den zu wählenden 31 Vertretern die Listen der christlichen Gewerkschaften 17, die freien (sozialistischen) Gewerkschaften 9 und die verschiedenen Gewerkschaften der Angestellten 5.

Donauwörth, 24. März. Der Schlichtungsausschuß Donauwörth hat in der Lohnverhandlung der Schwarzwälder Holzindustrie-Arbeiter eine Erhöhung des Mindestlohnes für gelernte Arbeiter von 55 auf 61 Pfennig, in der Frage der Gehälter für die Angestellten eine Erhöhung der derzeitigen Gehälter um 6 Prozent vorgezogen. ...

Stuttgart, 25. März. Die gestrige Nummer der „Süd-deutsche Arbeiterzeitung“ ist durch Beschluß des Amtsgerichts Stuttgart I wegen eines Artikels mit der Überschrift „Eine proletarische Stimme aus der Reichswehr“ beschlagnahmt worden. ...

Schaffhausen, 25. März. Am Mittwoch früh 2 Uhr brach in der Verfabrikation der Eisen- und Stahlwerke A. G., vorm. Fischer, im Mühlental Feuer aus. ...

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (20. März, 25. März), and exchange rates.

Karlsruher Börse (23. März). Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Bei weniger zahlreichem Besuch ist der Markt ruhig und das Geschäft bleibt klein. ...

Die Diskontogesellschaft Berlin berichtet, daß ihr Geschäftsbericht für 1924 erschienen ist und kostenlos von ihren Zweigniederlassungen bezogen werden kann.

**Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien.** In der Aufsichtsratsitzung am 21. März wurde der Bericht der persönlich haftenden Gesellschafter über das Geschäftsjahr 1924 vorgelegt. Es wurde beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, von dem R. 9 110 074,04 vertragenen Reingewinn eine Dividende von 10 Proz. zu verteilen, dem Pensionsfonds für Beamte R. 500 000.— zuzuführen und R. 2 250 074,04 auf neue Rechnung vorzutragen. Das Gewinn- und Verlustkonto pro 1924 ergibt nun folgende Zahlen: Einnahmen: Provisionen 30 261 009,31, Zinsen 86 725 618,26, Ausgaben: Verwaltungskosten 61 735 780,27 Steuern 5 140 793,26, Gewinn-Saldo (inkl. Vortrag aus dem Vorjahre) 9 110 074,04. Die Bilanz ergibt folgende Zahlen: Passiva: Aktienkapital 60 000 000.—, Reserven 40 000 000.—, Kreditoren 669 138 509,02, Akzente 5 345 940,43, Pensions-Fonds für Beamte 1 000 000.—, Aktiva: Kasse, fremde Geldforten und Kupons inkl. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken 49 274 000,18, Wechsel und unergänzliche Sachanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten 195 765 892,81, Postguthaben bei Banken und Bankeinrichtungen 118 548 604,13, Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere 9 864 329,06, Korrespondenz auf Waren und Warenbesitzungen 41 916 414,39, Eigene Wertpapiere 17 891 343,80, Komfortabteilungen 14 085 861,78, Dauernde Besetzungen bei anderen Banken und Bankeinrichtungen 20 815 644,33, Debitoren in laufender Rechnung 291 452 933,01, Wertgebäude 25 000 000.—.

**Kraftwerk Rheinfelden.** Der Aufsichtsrat der Kraftübertragungswerke Rheinfelden schlägt vor, auf das bei der Reichsmarkumstellung unbenutzt gebliebene Aktienkapital eine Dividende von 8 Prozent zu verteilen.

### Verschiedenes

#### Eisenbahnkatastrophe in Frankreich

Nachts gegen 2 Uhr ist der Schnellzug Bordeaux-Paris unweit Poitiers entgleist. Mehrere Wagen rissen sich los und stürzten in einen Abgrund. Bis jetzt wurden 5 Tote und 40 Verletzte festgestellt. Unter den Toten befindet sich der radikale Senator Bedebidou. Das Unglück ist auf einen plötzlichen Bruch der Kuppelung zurückzuführen. Die vier letzten Wagen des Zuges, darunter der Schlafwagen, blieben auf dem Geleise.

## Staatsanzeiger

### Den Gewerkschaftsvertrag der Gewerkschaft Markgräfler

Unter Bezugnahme auf Ziffer 13 Absatz 2 der Bekanntmachung vom 22. April 1922, die Bildung der Gewerkschaft Markgräfler betr. (Staatsanzeiger vom 25. April 1922) wird bekannt gegeben, daß in Absatz 2 des § 15 des Gewerkschaftsvertrags die Worte „zehntausend Mark“ durch die Worte „1200 RM.“ und die Worte „fünftausend Mark“ durch die Worte „600 RM.“ ersetzt worden sind.

Diese Änderung hat die Bestätigung der Bergbehörde erhalten.

Karlsruhe, den 12. März 1925.  
Ministerium der Finanzen:  
H. f. Salinen u. Bergbau als obere Bergbehörde.  
J. W. May

### Den Gewerkschaftsvertrag der Gewerkschaft Baden

Unter Bezugnahme auf Ziffer 13 Absatz 2 der Bekanntmachung vom 22. April 1922, die Bildung der Gewerkschaft Baden betr. (Staatsanzeiger vom 25. April 1922) wird bekannt gegeben, daß in Absatz 2 des § 15 des Gewerkschaftsvertrags die Worte „zehntausend Mark“ durch die Worte „1200 RM.“ und die Worte „fünftausend Mark“ durch die Worte „600 RM.“ ersetzt worden sind.

Diese Änderung hat die Bestätigung der Bergbehörde erhalten.

Karlsruhe, den 12. März 1925.  
Ministerium der Finanzen:  
H. f. Salinen u. Bergbau als obere Bergbehörde.  
J. W. May

## Personeller Teil

**Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.**

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:  
Rottenmeister Friz Wimmer in Heidelberg zum planmäßigen Polizeiwachmeister, Rottenmeister Wilhelm Schulze in Forstheim zum planmäßigen Polizeiwachmeister.

## Justizministerium

### Ernannt:

Justizassistent Franz Maurer beim Amtsgericht Emmendingen zum Gerichtsvollzieher.

### Wieder angestellt:

Gerichtsvollzieher a. D. Karl Schmidt in Freiburg.

### Befördert:

Notar Erwin Meyer in Wolfach nach Gengenbach, die Justizassistenten Karl Beck bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst und Alfred Eckert beim Landgericht Waldshut zum Rotariat Weersburg.

## Ministerium des Kultus und Unterrichts

### Ernannt:

Den außerordentlichen Professor Dr. Hans Joachim Moser an der Universität Halle mit Wirkung vom 1. April 1925 zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Musikwissenschaft an der Universität Heidelberg.

Lernlehrer Friedrich Kübler an der Landessternwarte in Karlsruhe zum Kurinспекtor daselbst, Lernlehrer Arthur Katerner an der Landessternwarte in Karlsruhe zum Kurinспекtor daselbst, Fortb.-Unterlehrer Richard Späth in Hertswangen, Amt Fullendorf, zum Hauptlehrer in Willadingen, Amt Überlingen.

Schulverwalter Valentin Strickfaden in Rembach, Amt Waldshut, zum Hauptlehrer daselbst.

## Geschäftliches

Die Sonne bringt es an den Tag. Noch verdußtern graue Wolken den Himmel, aber schon läßt uns die erwachende Natur den nahen Frühling ahnen. Wenn dann die Sonne uns die Fadenheimgkeit unserer Kleider im grellsten Lichte zeigt, und wie nahe dabei sind, allen Lebensmut zu verlieren, weil unsere Geldmittel nicht dazu ausreichen, unsere äußere Hülle so aufzutreiben, wie es nötig wäre, um standesgemäß auftreten zu können, da erscheint uns ein Insekt der Deutschen Bekleidungs-Gesellschaft Th. Lucas u. Co., Karlsruhe, Kronenstr. 40, Ecke Markgrafenstraße, wie ein glückverheißender Stern am Himmel. Sie weist uns den Weg, wie jedermann sich ohne fühlbare Belastung für seinen Geldbeutel neu einkleiden kann. Denn sie liefert bei mäßiger Anzahlung Herren-, Damen-, Jugend-Bekleidung und gewährt ein Ziel bis zu 6 Monaten. Die Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft ist bei allem sehr billig und ihre Qualitäten hervorragend. Strengste Diskretion ist selbstverständlich.

Anfang April erscheinen in unserem Verlag:  
**Die reichs- und landesrechtlichen Kostenvorschriften für Baden**  
mit Gebührentafeln, Inhaltsübersichten und Sachregister  
Zum Gebrauch der Justizbehörden nach dem Stand vom 1. April 1925 bearbeitet von  
Oberrechnungsrat **Wilhelm Hofmann** und Rechnungsrat **Theodor Garth**  
im badischen Justizministerium  
Die zahlreichen kostenrechtlichen Bestimmungen für den Justizdienst werden hier — in neuester Fassung — gesammelt, sodaß unnötiges Suchen erspart bleibt. Das Buch wird alsbald nach Veröffentlichung des dem Landtag vorliegenden Entwurfs einer Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte fertiggestellt werden; der Bericht der Kommission des Landtags zu diesem Entwurf (Berichterstattung Landtagsabgeordneter Schneider-Heidelberg) wird als Anhang abgedruckt werden. Die Rechtsanwäite und die Gemeinden erhalten bei Aufgabe der Bestellungen vor dem Erscheinen des Buches den mit dem Justizministerium vereinbarten Vorzugspreis (etwa 70% des Ladenpreises) eingeräumt; die Rechtsanwäite bestellen durch Vermittelung der Gerichte.  
Verlag **G. Braun & Co. m. b. H. Karlsruhe**  
Die  
**Auskunft W. Schimmelpfeng**  
bringt hiermit zur Kenntnis, daß sie nicht mehr durch Herrn Böhrener in Karlsruhe, Amalienstraße 83, vertreten wird, sondern daß nunmehr ein Zweigbüro in  
**Karlsruhe, Karlsriedrichstraße 26**  
(Fernsprechnummer 3160)  
Vorstand i. V.: **Otto Bayer**  
eröffnet ist.

**Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik**  
Sektion 8 Karlsruhe i. B.  
**Bekanntmachung.**  
Gemäß § 5 der Wahlordnung unserer Berufsgenossenschaft machen wir bekannt, daß am  
**Montag, den 11. Mai 1925, vormittags 11 Uhr,**  
im Kurhaus in Baden-Baden gelegentlich unserer Sektionsversammlung die Wahl von  
a) 6 Vertretern und 6 Ersatzmännern,  
b) 6 Mitgliedern des Sektionsvorstandes und 6 Ersatzmännern  
stattfindet.  
Die Vertreter und Vorstandsmitglieder werden auf 4 Jahre gewählt.  
Zu dieser Wahl laden wir unsere Mitglieder ein mit dem Bemerkten, daß die Wahl eine Stunde nach ihrem Beginne geschlossen werden kann. Die Wählerliste und der Wahlvorschlag des Wahlvorstandes liegen in unserem Sektionsbüro, Karlsruhe, Leopoldstraße 45, zur Einsicht auf. Etwasige Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste und der darin angegebenen Stimmzahl sind bei Vermeidung des Ausschlusses mindestens 4 Wochen vor der Wahl unter Vorlegung von Beweismitteln beim Wahlvorstand einzureichen.  
Den Wahlberechtigten steht es frei, noch weitere Vorschläge zu machen, welche jedoch dem § 7 der Wahlordnung entsprechen müssen. Solche Wahlvorschläge werden nur berücksichtigt, wenn sie mindestens 4 Wochen vor dem Wahltag bei dem unterzeichneten Wahlvorstand eingereicht sind. Die einzelnen Wahlvorschläge können nach ihrer Zulassung ebenfalls im Sektionsbüro eingesehen werden. C. 211  
Karlsruhe, den 28. März 1925.  
**Der Wahlvorstand.**  
W. Wagener, Vorsitzender.

**Wäsche**  
wird zum Waschen u. Bügeln bei sorgfält. Behandl. angen.  
Frau **Braunschweiger**  
Zähringerstr. 82, II. Stod.  
**Metallbetten**  
Stahlmatr., Rinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R. frei.  
Eisenmöbelfabrik **Sapl** (Zähr.)

**Achtung!**  
Gegen mutwilliges Alarmieren der städtischen Feuerwehrgesellschaft wird in Zukunft nur noch mit hohen Haftstrafen vor. Die Bevölkerung wird gebeten, bei der Feststellung dieser Störer der guten Ordnung tatkräftig mitzuwirken.  
A. 203  
Karlsruhe, den 24. März 1925.  
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

**Detektiv** Institut  
- Privats  
- Auskunfts  
**Argus** "Mannheim"  
O. G. 6.  
Planken 9. 47  
Fernspr. 3505  
R. Maier & Co., G. m. b. H.  
**Badisches Landestheater**  
Freitag, den 27. März 1925  
E 19. 25. Gen. 3401-3700,  
4801-5000  
**Wilhelm Tell**  
Schauspiel in 5 Akten von  
Schiller  
Spielleitung: Friz Herz  
Besetzung:  
Hermann Gehler Tenor  
Bernard Gehler von Attinghausen Bass  
Ulrich von Rudenz Klotze  
Bernard Stauffacher Herz  
Walter Fürtz Böder  
Wilhelm Tell Bärner  
Konrad Baumgarten Peiter  
Arnold vom Reichthal Dahlen  
Konrad Baumgarten Beug  
Friedrich Müller Brand  
Leuthold Müller  
Rudolph der Herras Schneider  
Gertrud Frauendorf  
Gebwig Genter  
Walter Rassa  
Wilhelm Bertha von Brunnen  
Kamgard Demmig  
Anfang 6 1/2, Ende gegen 10  
Preise: Opernpl. I. Abt. 4.80

**A. 219. Donaueschingen.**  
Zu dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Eßfäher, Fuchswangen, ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung und zur evtl. Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis gemäß § 162 N. O. bestimmt auf  
**Dienstag, den 14. April 1925, vormittags 10.15 Uhr.**  
Donaueschingen,  
den 2. März 1925.  
Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts.  
**Papierholz Verkauf.**  
Das Forstamt Kirchzarten b. Freiburg i. Br. verkauft in 1 Lose etwa 680 Ster entrindetes Papierholz (meist Fichten: etwa 400 Ster I., 270 II. und 10 III. Kl.) A. 191  
Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise bis  
**Dienstag, den 31. März 1925, nachm. 4 Uhr,** erbeten.  
Nähere Auskunft und Auszüge durchs Forstamt.

**Halt! Sind Sie schon Kunde der DKG?**  
Wenn nicht, dann beeilen Sie sich und decken Sie Ihren Bedarf an  
**Herren-Bekleidung  
Damen-Bekleidung  
Jugend-Bekleidung  
Sport-Bekleidung**  
bei dem **Modellhaus** auf Teilzahlung. Zahlungsziel 6 Monate  
**Kaufe gleich zahle später!**  
• Jeder Verkauf ist streng diskret •  
**Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft.**  
Kronenstr. 40, Ecke Markgrafenstr. C. 217

**Halt! Sind Sie schon Kunde der DKG?**  
Wenn nicht, dann beeilen Sie sich und decken Sie Ihren Bedarf an  
**Herren-Bekleidung  
Damen-Bekleidung  
Jugend-Bekleidung  
Sport-Bekleidung**  
bei dem **Modellhaus** auf Teilzahlung. Zahlungsziel 6 Monate  
**Kaufe gleich zahle später!**  
• Jeder Verkauf ist streng diskret •  
**Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft.**  
Kronenstr. 40, Ecke Markgrafenstr. C. 217  
Druck G. Braun, Karlsruhe.

**A. 219. Donaueschingen.**  
Zu dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Eßfäher, Fuchswangen, ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung und zur evtl. Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis gemäß § 162 N. O. bestimmt auf  
**Dienstag, den 14. April 1925, vormittags 10.15 Uhr.**  
Donaueschingen,  
den 2. März 1925.  
Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts.  
**Papierholz Verkauf.**  
Das Forstamt Kirchzarten b. Freiburg i. Br. verkauft in 1 Lose etwa 680 Ster entrindetes Papierholz (meist Fichten: etwa 400 Ster I., 270 II. und 10 III. Kl.) A. 191  
Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise bis  
**Dienstag, den 31. März 1925, nachm. 4 Uhr,** erbeten.  
Nähere Auskunft und Auszüge durchs Forstamt.